

Parlamentarischer Vorstoss

2024/315

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Ungleichbehandlung aufheben: 365 Franken Jugend-U-Abo auch im Baselbiet
Urheber/in:	Jan Kirchmayr
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bammatter, Boerlin, Candreia-Hemmi, Dinkel, Eichenberger, Groelly, Hartmann, Hotz, Ineichen, Ismail, Kaufmann Urs, Krebs, Locher, Meschberger, Mikeler, Roth Urs, Strüby-Schaub, Tschendlik, Winter, Wyss
Eingereicht am:	16. Mai 2024
Dringlichkeit:	—

Am 10. Mai 2023 hat der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt als Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Gratis-ÖV für Kinder und Jugendliche" beschlossen, dass der Kanton ÖV-Jahresabonnemente für Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt so subventioniert, dass sie den öffentlichen Verkehr im Tarifverbund Nordwestschweiz bis zum vollendeten 25. Lebensjahr zum Preis von 365 Franken pro Jahr nutzen können (Beschluss Nr. 23/19/10G). Das entsprechende Angebot des Tarifverbund Nordwestschweiz besteht seit dem 1. April dieses Jahres. Seit her sind Baselbieter Kinder und Jugendliche benachteiligt, da sie weiterhin 542 Franken für ein Jahresabonnement des Tarifverbund Nordwestschweiz (Umweltschutz-Abonnement) bezahlen.

Auch im Kanton Basel-Landschaft gab es zuletzt mehrere Volksbegehren, die eine stärkere Subventionierung des Umweltschutz-Abonnements (U-Abo) forderten. Bereits 2015 wollte die formulierte Volksinitiative "Ja zum U-Abo!" die Beiträge des Kantons an Tarifverbund-Abonnemente zementieren. 2021 reichten die Jungsozialist*innen Baselland die Initiative "ÖV für Alle" mit 1907 gültigen Unterschriften ein, welche eine vollständige Subventionierung des U-Abo forderte. Nachdem ähnliche Initiativen in anderen Kantonen auch vom Bundesgericht für ungültig erklärt wurden, zogen die JUSO die Initiative zurück. Daraufhin folgte im Dezember 2023 eine Petition, welche die Kosten des U-Abo für Personen mit Wohnsitz im Kanton Baselland auf 365 Franken für Erwachsene respektive 182.50 Franken für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre senken wollte. Diese Petition wurde vom Landrat an der Sitzung vom 11. April zur Kenntnis genommen.

Dabei standen jeweils die ökologischen und sozialen Vorteile des U-Abo im Vordergrund: So kann eine Verlagerung der Mobilität vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der THG-Emissionen im Kanton leisten. Im Baselbiet sind PKW für 72% des CO₂ Ausstosses in der Mobilität verantwortlich. Gleichzeitig können mit einer Förderung des öffentlichen Verkehrs Unfälle und Staus reduziert werden. Dabei ist die Förderung bei jungen Menschen besonders wichtig, da sie so den öffentlichen Verkehr für sich entdecken

und eher an eine umweltfreundliche Mobilität gebunden werden, wie auch die Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission des Basler Grossen Rates (UVEK BS) festhält.

Bei einem Preis von 365 Franken im Jahr dürfte ein unerwünschter Umstieg vom Velo auf den ÖV nur sehr gering ausfallen, wenn es denn überhaupt dazu kommt, und Mitnahmeeffekte können verhindert werden, da sich niemand ein Abo zulegen wird, der oder die nicht mindestens 1 Franken pro Tag für den ÖV ausgibt. Die UVEK BS geht davon aus, dass alle, die bislang mehr als sieben Monatsabos kaufen, auf das Jahres-Abo wechseln sowie mit einem Zuwachs an neuen Abos um 6.2%. So kann dem Rückgang von U-Abos unter Jugendlichen entgegengewirkt werden, der durch die steigenden Tarife mitverursacht sein dürfte. Auch mit der Senkung der U-Abo Preise wird es Personen und Familien geben, die es sich nicht leisten können. Trotzdem ist diese Senkung ein wichtiger Schritt, damit kleine Einkommen von Familien oder jungen Erwachsenen nicht übermässig belastet werden und damit das Einkommen kein Hindernis für eine nachhaltige Mobilität darstellt.

Gerade in ländlichen Gebieten ist das auch wichtig, um die Vernetzung des Kantons in sich und in die Stadt zu ermöglichen, sodass alle von Bildungs- und Kulturangeboten teilhaben können oder sich zum Beispiel im ganzen Kanton mit Freund*innen treffen können.

Seit Einführung des U-Abo Jugend BS Anfang April gilt es zusätzlich die Ungleichbehandlung im Baselbiet wohnhafter Jugendlicher zu beachten. Bereits heute verlassen viele Jugendliche für Ausbildung oder Arbeit das Baselbiet in Richtung Stadt. Ländliche Gemeinden bekommen diese Landflucht besonders zu spüren. Mit der Benachteiligung Baselbieter Kinder und Jugendlicher bei den ÖV-Preisen dürfte sich dieses Phänomen noch verstärken. Auch wer aktuell als Wochenaufenthalter*in in Basel wohnt, muss sich mit diesem Unterschied überlegen, den Wohnsitz dauerhaft in die Stadt zu verlegen.

Deshalb ist es jetzt mehr denn je angezeigt, dass der Kanton Basel-Landschaft die Beiträge an das U-Abo für Kinder und Jugendliche ausbaut und mit dem Kanton Basel-Stadt gleichzieht.

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, um die Beiträge an die Tarifverbund-Abonnemente für im Baselbiet wohnhafte Kinder und Jugendliche so anzupassen, dass sie den öffentlichen Verkehr im Tarifverbundgebiet Nordwestschweiz bis zum vollendeten 25. Lebensjahr zum Preis von 365 Franken pro Jahr nutzen können (analog U-Abo Jugend BS).